

Erscheint täglich außer Sonntags.  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Verkaufspreis für  
beide Ausgaben 10 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat  
(beim Abnehmer für Zustellung ins Haus) im voraus  
zahlung. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren  
und 72 Pf. Postvertriebsgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile 30 Pf.  
Reklametexte 2.—M. Ermäßigungen nach Tarif. Bestellungen:  
Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag  
behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 7  
Verantwortlicher: Günther (A 7) 292—297

## Entscheidende Kabinettsfizierung

### Um die Sozialversicherung und die Reichsfinanzen

Das Reichskabinetts soll also heute abend zu einer entscheidenden Sitzung zusammentreten, in der der Inhalt einer neuen Sparnotverordnung festgelegt werden soll. An dieser entscheidenden Sitzung nimmt kein Sozialdemokrat teil. Seit mehr als zwei Jahren steht die Sozialdemokratie außerhalb der Reichsregierung, trägt sie für deren Entschlüsse keine Verantwortung.

Dies im gegenwärtigen Moment festzustellen, ist eine Notwendigkeit, weil die beispiellos verlogene Propaganda unserer Gegner die Dinge immer so darzustellen versucht, als ob alle drückenden Maßnahmen, die von der Regierung Brüning — sei es aus Not, sei es ohne Not — verhängt worden sind, von der Sozialdemokratie zu verantworten wären.

Die Sozialdemokratie, die seit sie besteht, für ein lebenswertes Dasein aller Arbeitenden kämpft, darf den größten Teil dessen, was in Deutschland zugunsten der werktätigen Massen geschaffen worden ist, als ihr Werk betrachten. Sie hat mit den Vertretern der besitzenden Klassen um jeden Groschen gerungen, um den Löhne und Sozialunterstützungen erhöht worden sind. Seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise kämpft sie mit großer Zähigkeit und mit allen zweckmäßigen und erfolgversprechenden Mitteln für die Verteidigung ihres Werkes.

Auch in dieser letzten Stunde erhebt sie noch einmal die Stimme der Warnung und des Protests gegen Regierungsbeschlüsse, die geeignet wären, das ganze System der Sozialversicherung ins Wanken zu bringen oder geltende Unterstützungsätze noch weiter unter das Existenzminimum zu senken. In den reichlich unbestimmten offiziellen Auslassungen der letzten Zeit ist viel von einer „Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der Gemeinden“ die Rede gewesen. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeitslosenversicherung eine Sanierung zur Zeit gar nicht mehr bedarf, hat die Sanierung öffentlicher Einrichtungen doch nur dann einen Sinn, wenn sie dadurch instand gesetzt werden, ihren Zweck zu erfüllen. Zweck der gemeindlichen Fürsorge muß aber sein, die Hilfsbedürftigen wenigstens vor dem nackten Hunger zu schützen — und um diesen Zweck zu erreichen, muß den noch Leistungsfähigen jedes Opfer zugemutet werden! Zustände, wie sie jetzt schon in manchen Gegenden Deutschlands, in Thüringen, Niederschlesien usw. herrschen, sind schon vom Standpunkt der Menschlichkeit aus unerträglich und schreien nach Abhilfe. Keine Regierung könnte es verantworten, wenn immer weitere Bevölkerungsteile unter die Hungergrenze herabsinken sollten — das würde schließlich ein Ende mit Schrecken für alle bedeuten!

Ueber die konkreten Absichten der Regierung liegen auch zu dieser Stunde noch keine bestimmten Meldungen vor. Angeblich geht die Absicht des Kabinetts zunächst dahin, für die Arbeitslosenversicherung eine „Entlastung“ dadurch einzutreten zu lassen, daß man die Unterstützungsätze von 20 auf 13 Wochen kürzt. Der erforderliche Ausgleich soll durch die Krisenfürsorge erzielt werden, zu der das Reich bisher vier Fünftel und die Gemeinden ein Fünftel beitragen. Es besteht die Absicht, die Gemeinden von ihren bisherigen Verpflichtungen zur Krisenfürsorge weiter zu entlasten. Dazu kommt in Betracht die Fortsetzung der Reichszuschüsse für besonders nothleidende Gemeinden, für die im Vorjahre 230 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt wurden. Ferner soll zu dem betreffenden Zweck die Bürgersteuer, deren Einziehung den Gemeinden bisher nur bis zum 1. Juli gestattet war, für den Rest des Haushaltsjahres verlängert werden. Die Pläne, den Grundbetrag der Bürgersteuer zu erhöhen, werden wahrscheinlich ausgegeben. Schließlich wird die Krisensteuer, die im Juni vorigen Jahres zunächst bis zum 31. Dezember 1932 als besondere Notsteuer des Reiches eingeführt worden war, nicht nur verlängert, sondern wahrscheinlich auf alle Beschäftigten ausgedehnt werden. Die Beamten waren von der Krisensteuer bisher befreit.

Mit diesen Maßnahmen soll eine „Anpassung“ der Unterstützungsätze in den verschiedenen Kategorien der Arbeitslosenversicherung verbunden sein.

## Die Gewerkschaften erklären:

Vom Vorstand des ADGB wird uns geschrieben:

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet in seiner gestrigen Abendnummer über die Stellungnahme der Reichsregierung zu den schwebenden sozialpolitischen Streitfragen und über Besprechungen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskabinetts. Es glaubt dabei feststellen zu können, daß die Reichsregierung die Absicht habe, unter Verzicht auf die Aufhebung der Arbeitslosenversicherung, die Aufwendungen für die Unterstützung der Arbeitslosen durch „eine Vereinfachung der Unterstützung, vor allem durch Anpassung der Unterstützungssätze in Versicherung und Krisenfürsorge an diejenigen der Wohlfahrtsunterstützung“ herabzusetzen. Die bisher von der Reichsregierung geplante „Reform“ sei „vertagt“. Das „Tageblatt“ knüpft hieran die Bemerkung: „Die Gewerkschaften sind mit dieser Lösung (das heißt Verlegung der Reform) auch durchaus einverstanden.“

Daß die „rote Fahne“ unter absichtlicher Verdrehung des Inhaltes dieses Berichtes diese über die durchaus falsche Schlussbemerkung des „Tageblattes“ freudestrahlend benutzt, um einen „neuen Verrat“ der Gewerkschaftsführer festzustellen, versteht sich von selbst. Es ist nichts so dumm, daß es nicht den Jüngern moskowitzischer Parteilakt zur Verheerung gerade gut genug wäre.

Wie die freien Gewerkschaften zur Frage der Versorgung der Arbeitslosen stehen, haben sie immer wieder ganz unzweideutig erklärt. Zuletzt noch in dem Schreiben Leiparts an Brüning vom 9. Mai, das in der Morgennummer des „Vorwärts“ vom 10. Mai veröffentlicht ist. Die freien Gewerkschaften verlangen die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, um die sie seit Jahrzehnten gekämpft haben. Sie wenden sich auch mit aller

Energie gegen alle etwaigen Pläne der Reichsregierung, die Versicherung so zu verwässern, daß sie praktisch eine Versicherung überhaupt nicht mehr darstellt. Das gleiche gilt auch für die insbesondere von den Arbeitgebern geforderte allgemeine Herabsetzung der Unterstützungssätze.

Bei allen Besprechungen mit der Regierung, so auch in der letzten, haben sich die Gewerkschaften gegen alle Abbaupläne eingesetzt. Arbeitsbeschaffung forderten sie als einzigen Weg, um über den gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Notstand des Landes hinwegzukommen. Sie verwahrten sich insonderheit gegen eine etwa beabsichtigte Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Arbeitsbeschaffungspläne. Damit könne kaum eine psychologische Wirkung auf die Beteiligten erzielt werden. Es komme aber darauf an, durch die Arbeitsbeschaffung vorwiegend auch die Wirtschaft selbst zu beleben. Das könne nur geschehen, wenn grundsätzlich für die Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes die tariflich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen Geltung erhalten.

Die Gewerkschaften forderten, daß die Prämienanleihe schnellstens aufgelegt und mit der Arbeitsbeschaffung begonnen werde. Einmütig war die gewerkschaftliche Stellungnahme auch in der Ablehnung der etwa beabsichtigten Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung.

Wenn, wie heute in der Presse berichtet wird, die Reichsregierung plant, die Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung von 20 auf 13 Wochen zu verkürzen und die Unterstützungsleistungen sowohl in der Versicherung, wie in der Krisenfürsorge herabzusetzen, so muß sie sich darüber klar sein, daß sie sich damit in scharfem Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften stellt.

### Litauische Prozeßführung. Der Skandal Bekers-Meyer.

Konno, 20. Mai.

Seit Wochen sitzen der Reichsdeutsche Bekers und der memelische Führer Schulrat Meyer in Untersuchungshaft. Jetzt hat sich herausgestellt, daß das Schreiben des Schützenverbandes, auf das sich die Anklage in erster Linie stützt, im Organ des Verbandes Trinitas („Der Trompeter“) veröffentlicht worden ist, ehe Meyer und Bekers es erhielten. Dieses Blatt hat 40 000 Auflage, so daß davon, daß das Schreiben geheim gewesen sei, nicht die Rede sein kann. Daraufhin hat sich auch der Staatsanwalt des Kriegsgerichts veranlaßt gesehen, die Verschiebung des Prozesses zu beantragen. Der Untersuchungsrichter Kowitzi soll nun beauftragt worden sein, auch die Entlastungsmomente für die Beschuldigten nachzuprüfen! Von den drei Belastungszeugen sind zwei Kriminalbeamte!

Bekers hat für den Prozeß sieben und Schulrat Meyer dreißig Entlastungszeugen benannt, darunter auch den Privatsekretär des englischen Ministerpräsidenten Macdonald sowie auch andere Persönlichkeiten, die dem Völkerverbande nahe stehen und beweisen wollen, daß Meyer in Genf keine litauensyndikale Politik, sondern lediglich die memelländischen Interessen vertreten hat.

Bekers hat in den sechs Wochen seiner Haft an Gewicht zehn Kilogramm abgenommen.

### Wie denkt Basel über Lausanne? Eine offiziöse französische Darstellung.

Paris, 20. Mai.

Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Havas äußert sich in einer Baseler Meldung offiziöser Anstiches über die Auffassung, die in den Kreisen der BIZ (gemeint ist offenbar der Franzose Duesney, der Präsident der BIZ. Red. d. „V.“) angebracht über die Lösungsmöglichkeiten auf der kommenden Lausanner Konferenz bestehen:

1. Ein Moratorium sämtlicher politischer Schulden, d. h. Reparationen und interalliierte Schulden. Entgegen den mutmaßlichen deutschen Forderungen werde man auf einem Moratorium und nicht auf Annulierung bestehen, um für die Zu-

kunft eine Neuregelung vorzubehalten und gleichzeitig die Vorschläge des Baseler Sachverständigenausschusses zu berücksichtigen.

2. Ein Teil der amerikanischen Einwände könnte zerstreut und gleichzeitig eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden, wenn die an der Lausanner Konferenz beteiligten Mächte von sich aus und ohne das Ende der Abrüstungskonferenz abzuwarten, beschließen würden, freiwillig ihre Rüstungsausgaben einzuschränken.

3. Um eine Besserung der wirtschaftlichen Lage in Europa durchzuführen und insbesondere die Donauländer vor dem Zusammenbruch zu retten, solle versucht werden, den französischen Vorschlag für den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Donauländer wieder aufzunehmen. Der Plan solle besonders durch eine Reihe von Vorzugsrechten erweitert werden, aus denen Frankreich, Polen, Deutschland und Italien Nutzen zögen.

Auf diese Weise greife man gleichzeitig den alten Briand'schen Gedanken wieder auf, der seinerzeit zur Bildung des Europa-Ausschusses geführt habe. Viele gemeinsamen Bemühungen einer wirtschaftlichen und völkerverbindenden Solidarität sollen schließlich noch auf dem Gebiet der Finanzen durch den Zusammenschluß aller derjenigen Inhaber von Anleihebesitzen ergänzt werden, deren Rückzahlung besonderen Schwierigkeiten begegne. Es sei nicht schwer, diesen Inhabern der Anleihebesitze zu verstehen zu geben, daß sie die Wahl hätten, ihre Anleihebesitze ratenweise einzulösen oder aber ganz auf sie zu verzichten.

### Ein amerikanisches Young-Komitee.

New York, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Auf Veranlassung der amerikanischen Regierung wurde ein zwölfköpfiges außerordentliches Komitee aus führenden Finanziers und Industriellen gebildet, das Vorschläge zur Bekämpfung der amerikanischen Wirtschaftskrise auszuarbeiten soll. Das Komitee steht unter der Führung von Owen Young. Es erstrebt in erster Linie die Ausarbeitung eines Plans zur Verwendung eines größeren Krisenabwehrkredits.

Neue Verhaftung in Hagen. Nach langen Bemühungen gelang es Beamten der Abteilung IA den schon seit Januar d. J. flüchtigen ehemaligen Führer des verbotenen Roten Frontkämpferbundes Wilhelm Schumann aus Hagen-Eilpe festzunehmen. Schumann soll an mehreren hochverräterischen Delikten beteiligt und stark verdächtig sein, auch in die Hagen-Herolzheimer Sprengstoffangelegenheit verwickelt zu sein.









